

Über 1,6 Millionen protestieren: Für Demokratie gegen Rechts!

Am Freitag starten bundesweite Proteste für Demokratie und Klimaschutz, organisiert von Fridays for Future und CSD-Bewegung.

Berlin, Deutschland - Am 17. Februar 2025 haben in Deutschland zahlreiche Proteste gegen Rechts und für Klimaschutz und Demokratie stattgefunden. Allein seit dem Großprotest gegen den AfD-Parteitag in Riesa haben laut **Remszeitung** mehr als 1,6 Millionen Menschen an solchen Demonstrationen teilgenommen. Die Zahlen basieren auf Auswertungen von Polizei und lokalen Medien, wobei die Veranstalter meist noch höhere Teilnehmerzahlen angeben.

Besonders prägnant sind die Proteste der letzten Wochenenden, die sich mit Aufrufen zur Vielfalt und Demokratie verbunden haben. So rief die Christopher-Street-Day-Bewegung (CSD) in über 50 Städten zu Demonstrationen auf. Außerdem demonstrierten Zehntausende am Freitag für mehr Klimaschutz, organisiert von der Initiative Fridays for Future (FFF), die bundesweit 150 Protestaktionen mit mehr als 130.000 Teilnehmenden mobilisierte.

Umfangreiches Protestwochenende

Das Wochenende war geprägt von verschiedenen Aktionen. Am Freitag initiierte Fridays for Future einen Klimastreik unter dem Motto „Recht Auf Zukunft“. Dieser umfasste klassische Demozüge, Fahrradkorsos und Straßenfeste in über 150 Städten in Deutschland. Die größte Demonstration fand am 8. Februar in

München statt, bei der laut Polizei mindestens 250.000 Menschen auf die Straße gingen, während die Organisatoren von 320.000 Teilnehmenden berichteten.

In Berlin und Hamburg wurden die Proteste zusammen mit der Organisation „Omas gegen Rechts“ ausgetragen. Die Aktion in Berlin begann um 12.00 Uhr am Brandenburger Tor und führte vorbei am Bundestag und Bundeskanzleramt zurück zum Pariser Platz. Auf der Bühne traten prominente Persönlichkeiten wie Luisa Neubauer und Musikerin Paula Carolina auf. Parallel dazu findet am Samstag der CSD unter dem Motto „Wähl Liebe“ in mehreren Städten statt.

Politische Unterstützung und gesellschaftliche Mobilisierung

Die Proteste führen auch zu einer breiten gesellschaftlichen Mobilisierung. Mehrere Oberbürgermeister und Bürgermeister haben ihre Unterstützung für die Aktionen in Berlin und Brandenburg erklärt. Kritiker, darunter Soziologen und Protestforscher, äußern jedoch Bedenken zur Teilnahme von Politikern, um eine Instrumentalisierung der Protestbewegungen zu vermeiden. Über 100.000 Menschen demonstrierten am letzten Wochenende in der Region, was die anhaltende Besorgnis über den Rechtsextremismus verdeutlicht.

Ein offener Brief von über 130 prominenten Erstunterzeichnern fordert die neue Bundesregierung zu einem klaren Bekenntnis zu Klimaschutz und Demokratie auf. Dies unterstreicht die dringliche politische Dimension dieser Proteste. Veranstalter und Teilnehmende fordern Vielfalt, die Stärkung der Demokratie sowie ein entschiedenes Vorgehen gegen Hass und Hetze.

In den nächsten Tagen sind weitere Demonstrationen geplant. Die steigenden Zahlen könnten bis zur Bundestagswahl anhalten, wie bereits bei einer ähnlichen Protestwelle im Vorjahr, wo zwischen Januar und April über vier Millionen Menschen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

protestierten. Ein Bericht über ein Treffen von rechtsextremen Mäzenen mit AfD- und CDU-Politikern in Potsdam war damals der Auslöser für diese massive Mobilisierung.

Insgesamt zeigt sich eine klare gesellschaftliche Haltung gegen den Rechtsruck in Deutschland – eine Entwicklung, die nicht nur lokal, sondern bundesweit an Bedeutung gewinnt. Weitere Demonstrationen sind am Wochenende in Städten wie Ahrensfelde, Neuruppin und Frankfurt/Oder angesetzt, was die Entschlossenheit der Bürger unterstreicht, für ihre Überzeugungen einzutreten.

Details	
Vorfall	Protest
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.remszeitung.de • www.tagesspiegel.de • www.rbb24.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de